

Religionsfreiheit – Religionskontrolle

Mennoniten in der DDR¹

BERNHARD THIESSEN



Der SED-Staat in der DDR war eine *deutsche* Diktatur, da ging es bürokratisch und geordnet zu. Wenn z. B. ein Päckchen aus dem Westen konfisziert wurde, dann begründeten die DDR-Behörden es mit einem Paragraphen, der besagte, dass keine Organisation, sondern nur Privatpersonen Hilfspakete schicken dürften. Man entnahm die Schokolade und der Absender erhielt einen Beleg über diesen „Fremdverzehr“.² Mit anderen Worten: Die DDR-Führung gab sich selbst klare Regeln, eine Verfassung und Ausführungsgesetze, nach denen sie handelte, auch wenn dies oft machtorientiert, zwanghaft kontrolliert und willkürlich gehandhabt wurde. Ob die Regierungen im Westen dieses System als rechtsstaatlich anerkannten oder nicht, war eine ganz andere Sache.

In der Geschichte der Mennoniten ist nachweisbar: Der SED-Staat versuchte, mit einem flächendeckenden System von Informanten und Spitzeln seine Bevölkerung und auch ausländische Gäste in Schach zu halten und zu kontrollieren.

Diese beiden Erkenntnisse – rechtliche Grundlagen und rigide Überwachung – lassen sich auch in Bezug auf das Thema „Religionsfreiheit“ am Beispiel der Mennoniten nachweisen.

Die Geschichte der Mennoniten in der DDR kann grob in vier historische Abschnitte eingeteilt werden.

¹ Grundlage des Artikels ist ein Vortrag gehalten auf dem Symposium der GFTP, ATF und MGv vom 10. Oktober 2020 in Hamburg; vgl. auch: www.mennoniten-ddr.de.

² Vgl. Beschlagnahmungsprotokoll, in: Archiv der Mennonitischen Forschungsstelle, Bolanden, D, nachfolgend MFSt, BMG, Karton 16b, 1. Mappe, Faksimile, in: *Bernhard Thiessen, Leben in Grenzen, Mennoniten in der DDR 1945–1990*, Schriftenreihe des Mennonitischen Geschichtsvereins 12, Bolanden 2020, 25, nachfolgend: *Leben in Grenzen*.

1 Erste Phase: Mennoniten in der SBZ/DDR (1945 bis 1953)

Vor 1945 gab es auf dem Gebiet, auf dem später die Deutsche Demokratische Republik (DDR) entstehen sollte, lediglich einzelne mennonitische Familien, die sich zu ihren jeweiligen Heimatgemeinden zugehörig fühlten, entweder zur Berliner Mennoniten-Gemeinde (BMG) oder zu Gemeinden in Süd- oder Norddeutschland. Das änderte sich am Ende des Zweiten Weltkrieges, als viele Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen mit Pferd und Wagen, manche auch mit dem Schiff über die Ostsee in die bald von der Sowjetunion verwaltete Sowjetische Besatzungszone (SBZ) kamen. Es sollen insgesamt etwa 2000 Personen gewesen sein. Die Berliner Mennoniten-Gemeinde³ versuchte mit Hilfe des *Mennonite Central Committee* (MCC), einem mennonitischen Hilfswerk aus Nordamerika, möglichst viele Flüchtlinge zu erfassen, ihre Adressen zu registrieren und ihnen Kontakte und Hilfe zukommen zu lassen.



Abb. 1: Ehepaar Charlotte und Bruno Goetzke, ca. 1952⁴

Als 1949 der aus Ostpreußen stammende Prediger und Älteste Bruno Goetzke aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft in die DDR entlassen worden war, nahm er Kontakt zum ehrenamtlichen Ältesten der BMG, Erich Schultz, auf. Erich Schultz erreichte es, dass das MCC Bruno Go-

³ BMG, gegründet 1887, gemeldet in Berlin-Lichterfelde, ab 1945 Amerikanischer Sektor.

⁴ Foto im Gästebuch der BMG, Abdruck und Informationen zu Goetzke in: „Leben in Grenzen“, 58f.

etzke als Reiseprediger für die SBZ und spätere DDR anstellte. Mit seinem Fahrrad und dem Zug bereiste Goetzke von Zöbzig, Kr. Bitterfeld, aus die ganze DDR von der Ostsee bis in den Harz und nach Thüringen.

An mindestens 14 Orten hielt er Gottesdienste, machte Besuche, fragte nach den Lebensumständen der Flüchtlinge und notierte Konfektionsgrößen, damit er die passenden Hilfsgüter beim nächsten Besuch mitbringen oder per Post schicken lassen konnte. Auch sammelte er Spenden, die er in der Berliner Mennoniten-Gemeinde abgab oder auf das in der DDR eingerichtete Konto der Gemeinde einzahlte.

Möglich war dies, da die Mennoniten in der DDR eine registrierte Religionsgemeinschaft waren.⁵ Die DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949 übernahm die staatsrechtlichen Garantien der Weimarer Reichsverfassung weitgehend wörtlich (Art. 41–49). Darin geht es insbesondere um die Freiheit von Glauben, Gewissen und Religionsausübung, Selbstverwaltungsrecht der Religionsgemeinschaften in den Schranken der allgemeinen Gesetzgebung und die Anerkennung der erteilten Körperschaftsrechte an die Kirchen.⁶ Demzufolge brauchten Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts waren, keine Anmeldung der Gottesdienste vorzunehmen.⁷ Ob dies auch für die Mennoniten in der DDR zutraf, war damals unklar. Zwar wurde die Berliner Mennoniten-Gemeinde von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, nämlich der Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden, 1887 gegründet⁸, doch wurde die Berliner Mennoniten-Gemeinde, zu der bis 1961 auch die Mennoniten in der DDR gehörten, als Verein (e.V.) registriert. Das führte später innerhalb der DDR-Behörden zu Auseinandersetzungen.⁹

Mit dem Kurswechsel, den die DDR zum „Aufbau des Sozialismus“ (1950/51) vollzog, fühlte sich der Staat nicht mehr an diese Verfassungs-

5 Vgl. Rundverordnung Nr. 71/51 des Ministeriums des Innern – Hauptabteilung Staatliche Verwaltung vom 5.3.1951, in: MFSt, BMG, Karton 6, Teil 3, neue Gemeinden Ostzone, auf der Liste Nr. 13. Hier allerdings nicht unter K. d. ö. R., sondern unter „Sonstige Religionsgemeinschaften“ aufgeführt.

6 Vgl. *Otto Luchterhandt*, Verfassungsgrundlagen kirchlicher Eigenständigkeit, ihre Bedrohung und Verteidigung, in: *Horst Dähn* (Hg.), *Die Rolle der Kirchen in der DDR, Erste Bilanz*, München 1993, 21–35, hier: 21.

7 Vgl. Gesetzblatt der DDR, Nr. 40 vom 7.4.1951, Verordnung über die Anmeldepflicht von Veranstaltungen vom 29.3.1951, Abschrift in: MFSt, BMG, Karton 6, Teil 3, neue Gemeinden, Ostzone.

8 Durch Hamburger Gesetz vom 8.11.1922.

9 Vgl. Entwurf eines Briefes von *Minister Carl Steinboff*, Ministerium des Innern, an *Ministerpräsident Otto Grotewohl*, „Religionsgemeinschaft ‚Mennoniten‘“, nicht abgeschickt, in: BArch, DO 4/273.

regeln gebunden und ging offensiv gegen Kirchen vor. Dies betraf nicht nur die Evangelischen Kirchen (besonders die „Junge Gemeinde“), sondern lässt sich auch an den Erfahrungen der Mennoniten in der DDR verifizieren.

Die Betätigung als Religionsgemeinschaft wurde zwar erlaubt, war allerdings strengen Kontrollen unterworfen. Polizisten der kasernierten Volkspolizei und IM der Stasi „besuchten“ die Häuser von Gemeinderatsmitgliedern wie beispielsweise Erich Claassen¹⁰ und Otto Bartel¹¹ berichten. Ständig kamen Spitzel in die Gottesdienste, wie Bruno Goetzke protokollierte und die Quellen im Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde, belegen.



Abb. 2: Familien Dau und Hein bei ihrer Flucht aus der DDR, 1951 (Foto: privat)

Zu besonderen Konsequenzen kam es, als ein Informant von einem Gottesdienst an seinen Vorgesetzten, Chefinspektor Erich Lust, von der Volkspolizei schrieb:

„Am 5.8.1951 fand im Gemeindesaal der Johanniskirche in Halle ein Gottesdienst der Menoniten (sic) statt. Die Predigt wurde von dem Neubürger Bruno G ö t z k e , Zörbig, Krs. Bitterfeld gehalten, [...] Am Schluss der Predigt erwähnte G., daß 17 Neubauern mit Verwandten einen Ausflug gemacht hätten, von dem sie nicht wieder zurückgekehrt wären. Diese Äußerung wurde von den anwesenden Mitgliedern mit großer Begeisterung aufgenommen, [...]. In weiteren Diskussionen kam zum Ausdruck, wie und auf welche Weise für die Mitglieder der Sekte beim illegalen Verlassen der DDR gesorgt wird. [...] Deswegen wurde in der letzten

10 Vgl. Bericht von *Erich Claassen* vom 10.5.1951, Faksimile in: „Leben in Grenzen“, 38.

11 Vgl. Brief von *Otto Bartel* an *Erich Schultz* vom 5.9.1951, in: MFSt, BMG, Karton 9.

Zeit ein verstärktes Auftreten dieser Sekte mit reaktionären Umtrieben im Land Sachsen-Anhalt festgestellt.“¹²

Diese Geschehnisse führten dazu, dass der Innenminister der DDR, Dr. Carl Steinhoff, die Mennoniten verbieten lassen wollte und zwar, weil sie:

1. durch das illegale Verlassen des Landes Personen zum Aufbau der DDR entzögen,
2. durch die Mitnahme von (Zucht-)Pferden, (Kutsch-)Wagen, Fahrrädern und anderen tragbaren Dingen der DDR Volksgut entführten und
3. mit den „angloamerikanischen Kriegstreibern“ zusammenarbeiteten.

Daraus schloss Steinhoff:

„Ich bin der Ansicht, dass die Tätigkeit dieser Gemeinschaft nicht mehr mit dem Artikel 41 der Verfassung der DDR entspricht, indem sie ihre Aufgaben zu verfassungswidrigen Zwecken missbraucht. Sie hat ihre Mitglieder veranlasst, das Vermögen nicht zum Wohle des Volkes (Art. 24 der Verfassung), sondern zu dessen Schaden, zu benutzen.“¹³

Wir sehen, dass es der DDR-Regierung äußerst wichtig war, ihre Entscheidungen mit Artikeln der Verfassung zu begründen. Innenminister Steinhoff suchte für sein Vorgehen Unterstützung beim Außenminister Georg Dertinger, beim Stellvertretenden Ministerpräsident Otto Nuschke und schließlich bei der SED-Zentrale.

- Noch ist nicht klar, warum schließlich doch kein Verbot der Mennoniten ausgesprochen wurde.¹⁴

Gründe dafür mögen sein:

- Der Stellvertretende Ministerpräsident und Zuständige für Fragen der Kirchen, Otto Nuschke, hatte Bedenken, da die Mennoniten den Status der Körperschaft des öffentlichen Rechtes hätten. Zudem befürchtete er das Eingreifen der Evangelischen Kirche,¹⁵

12 *Erich Lust*, Chefinspekteur der Volkspolizei, an Ministerium des Innern, Herrn Staatssekretär Warnke, 23.8.1951, Betr. Religionsgemeinschaft „Mennoniten“ [sic.], BAArch, DO 4/723, Mennonitengemeinde in der DDR; Bd. 2: 1951–1966.

13 *Dr. Carl Steinhoff*, Innenminister, an Genosse Plenikowski, vom 27.2.1952, BAArch, DY 30-95105, SED-Akten.

14 Vgl. *Immanuel Baumann*, „Als der Entwurf zum Verbot der Mennoniten in der DDR bereits aufgesetzt war.“ Bemerkungen zu einem Fund von staatlichen Dokumenten aus den Jahren 1951 und 1952, in: *Mennonitische Geschichtsblätter* 73 (2016), 61–79.

15 Vermerk von *Hirsch* nach einem Gespräch mit Otto Nuschke, beide sind gegen ein Verbot der Mennoniten: „Dies sei auch deshalb notwendig, weil jedes Verbot einer Religionsgemeinschaft in Gesamtdeutschland und zwar nicht nur bei den Kirchen größte Beachtung fände und

- auf Bitte des mennonitischen Ältesten und Leiters der Gemeinde, Erich Schultz, setzte sich Probst Heinrich Grüber persönlich für die Mennoniten bei Otto Nuschke ein. Dies versprach er jedenfalls Erich Schultz bei einer privaten Unterredung. Nuschke und Grüber kannten sich aus der gemeinsamen Inhaftierung im KZ.¹⁶
- Anton Plenikowski, ZK der SED, an den Steinhoff seinen Brief zur Prüfung des Verbotes der Mennoniten schickte, war in den 1930er Jahren Lehrer im Danziger Werder. Er kannte die Mennoniten und war als Kontaktperson für die Heimatvertriebenen in der DDR zuständig. Den Danzigern drückte er immer wieder seine Solidarität aus und versprach, sich für sie einzusetzen.¹⁷ Galt dies auch im Fall der Mennoniten?
- Innenminister Dr. Carl Steinhoff wurde 1952 von Walter Ulbricht 1952 fristlos entlassen.¹⁸ Es war sogar Anton Plenikowski als sein Nachfolger im Gespräch.¹⁹ Wollte Plenikowski Steinhoffs Anliegen deshalb nicht unterstützen und fiel die Entscheidung über das Verbot der Mennoniten in diese ungeklärte politische Phase der DDR?

Hier sind noch einige Fragen zu klären.

Ganz falsch war die Analyse von Innenminister Steinhoff nicht. Bereits im Januar 1947 fuhr ein Zug mit über 1000 meist in Russland geborener, deutschstämmiger Mennoniten von Berlin (West) durch die SBZ nach Bremerhaven. Sie waren illegal aus der SBZ und dem Ostsektor Berlins in die Westsektoren geflohen. Ohne Registrierung standen ihnen keine Lebensmittelmarken und keine andere Unterstützung zu. Nach Abmachung des amerikanischen Generals Lucius D. Clay, dem Oberbefehlshaber über den amerikanischen Sektor in Berlin, und seinem russischen Amtskollegen Marschall Vassily Sokolovsky, der „bewusst ignorierend“ nicht einschritt, ließen sie nach zuvor langen Verhandlungen den Zug die SBZ passieren.²⁰ Eigentlich

im jetzigen Augenblick besonders zu vermeiden sei.“ Vermerk *Hirsch* vom 1.3.1952, BArch DO 4/723, Mennonitengemeinde in der DDR; Bd. 2: 1951–1966

16 Vgl. Aktenvermerk *Erich Schultz*, Faksimile, in: *Leben in Grenzen*, 20.

17 Vgl. *Angela Schmole*, AV 10/71 – Ein Mann im Hintergrund, der Nachlaß Anton Plenikowskis im MfS-Archiv, in: *ZdF* 23 (2008), 156–165, hier: 162.

18 Vgl. *Lutz Maeke*, Carl Steinhoff: Erster DDR-Innenminister, Wandlungen eines bürgerlichen Sozialisten (Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Innenministerien nach 1945 5), Göttingen 2020.

19 Ebd., 163.

20 Vgl. *Ted D. Regehr*, Anatomy of a Mennonite Miracle: The Berlin Rescue of 30–31 January 1947, in: *Journal of Mennonite Studies*, Vol. 9, Winnipeg (Manitoba) 1991, 11–33

ein Unding, denn nach dem Vier-Mächte-Abkommen von Jalta hätten diese Mennoniten als „liberated Soviet citizens“ zurück nach Russland gebracht werden müssen, worauf die Führung der SU auch bestand. Jedoch änderte die amerikanische Besatzungsmacht ihre Strategie ab Oktober 1945 und hielt sich nicht mehr an das umfassende Über- bzw. Auslieferungsabkommen.²¹ Diese Haltung der US-Behörden führte schließlich zu Spannungen mit der UdSSR. Ab Juli 1946 begann das, was später als „Kalter Krieg“ in die Geschichte einging. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dieser Flüchtlings-Zug mit 40 Waggons, voll mit Mennoniten auf der Fahrt von Berlin nach Bremerhaven, einer der Gründe war, warum die Sowjetunion vom 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949 Berlin blockierte. Solche Züge sollten nie wieder Berlin verlassen! Zumal die „Rettungsaktion“ in der westlichen Presse, z. B. in der New York Times, als großer diplomatischer Sieg über Marschall Sokolovsky gefeiert wurde.²² Dieser geriet daraufhin mächtig unter Druck durch die Moskauer Führung.

Auch auf mennonitischer Seite hatte die Aktion Folgen:

Um weiteren diplomatischen Verwicklungen nicht Vorschub zu leisten, übergab das MCC-Berlin (Leiterin Lydia Lehman) seine Hilfswerksarbeit offiziell dem Hilfswerk der Berliner Mennoniten-Gemeinde (Leiterin Johanna Schultz). Allerdings kam es darüber in den folgenden Jahren immer wieder zu Missverständnissen, da die Kompetenzen zwischen MCC und BMG nicht klar genug abgegrenzt zu sein schienen. Der Gemeindeälteste Erich Schultz wies immer wieder darauf hin, dass das MCC als US-Amerikanische Organisation nicht offiziell in Erscheinung treten sollte. Ob diese angemahnte Vorsicht etwas geholfen hätte, ist unklar, denn das Ministerium für Staatssicherheit wusste auch später noch Bescheid, dass Herr M. C. Lehman für die US-Militärregierung in Berlin arbeitete und seine Frau Lydia bis 1947 das MCC-Hilfswerk in Berlin leitete.²³

21 Vgl. ebd., 19f.

22 Vgl. ebd., 29.

23 Um den engen Kontakt zwischen den Mennoniten und der US-Amerikanischen Militärregierung zu bezeugen, wurde noch am 10. Januar 1967 in einem Sachstandsbericht der Stasi über die Mennoniten festgehalten, dass das MCC 1945 mit Hilfe der amerikanischen Militärregierung einen Sitz in Berlin eingerichtet habe. Dabei seien für das MCC mehrere Häuser beschlagnahmt worden, die mit dem damals üblichen USA-Requirierungsschild der Militärregierung versehen wurden. „Von 1945 bis etwa 1948/59 [sic] war in Westberlin eine Familie L e h m a n n [sic] tätig, die aus Pennsylvania/USA kam. Prof. L e h m a n n war Angehöriger der USA-Militärregierung und Frau L e h m a n n Angehörige des MCC. Beide gingen 1948/49 im Auftrag der Amerikaner nach Frankfurt/Main.“, BStU, HA XX/4-2976, 213 f.

Ein zweiseitiges Schreiben des Kanadiers Peter J. Dyck, einem leitenden MCC-Mitarbeiter in Deutschland, der diverse Auswanderungen nach Südamerika organisierte, kursierte ab 1947 in Westdeutschland und auch in der SBZ. Darin warb Dyck für die Aussiedlung und beschrieb, was die Auswanderer/Flüchtlinge erwartete:

„Paraguay mit seinen Heuschrecken und Ameisen, seiner Hitze und Dürre, ist kein Paradies und keine Ukraine. Meine Frau und ich haben vor kurzem alle Kolonien und alle Dörfer in den Kolonien besucht. Trotz allem, das man uns gesagt hatte und trotz dem vielen Schweren und der Armut, die wir sahen, sind wir der bestimmten Meinung, dass unser Volk [gemeint sind die Mennoniten, B. T.] dort einer Zukunft entgegengeht. [...] Wer ein leichtes Leben und Bequemlichkeit sucht, wer die europäische ‚Kultur‘ mit ihren gepflasterten Strassen, elektrischem Licht, ihren Fensterscheiben und Fingerringen sucht, der geht durchaus nicht nach Paraguay. [...] Wer aber für sich und seine Familie Ruhe sucht, wer in einem typischen mennonitischen Dorfe seine Baumwollfelder und seinen Garten bestellen, Schulen und Kirchen bauen will, so wie unsere Väter es vor ca. 150 Jahren in Russland im Scheweisse ihres Angesichts taten, der ist in Paraguay zu gebrauchen und der wird sich dort nicht nur ein Haus bauen, sondern auch ein Heim gründen.“²⁴

Die Idee, nach Paraguay auszuwandern, kursierte auch unter Mennoniten in der DDR. So erwähnte Bruno Goetzke in seinem „Bericht Oktober 1952“, dass er sich bei den Gottesdienstbesuchern erkundigt habe:

„Von den Geschwistern, die sich bisher zur Auswanderung bereiterklärt hatten, waren nicht alle dafür interessiert. Meine jetzigen Besuche galten und gelten vor allem dem Unsicherheitbringen [sic!] der Geschwister.“²⁵

Bruno Goetzke meldete an Erich Schultz, dass manche Mennoniten in der SBZ dringend auf ein Signal zur gemeinsamen Flucht warteten. Schultz schrieb an Goetzke zurück, dass es keine Massenflucht geben werde und dass sie über die Pläne zum Verlassen der SBZ Stillschweigen bewahren sollten, da die Mennoniten sonst Probleme mit den Behörden bekämen.²⁶ Ebenso um mehr Vorsicht bat Erich Schultz den US-Amerikaner John Thiessen, bei der Berichterstattung von gelungenen Fluchten in deutschsprachigen Zeitschriften in den USA, denn die „Zeitschrift

24 Peter Dyck, Auswanderung nach Paraguay, in: *Leben in Grenzen*, 22 f.

25 Bruno Goetzke, Bericht Oktober 1952, in: MFSt, BMG, Karton 9, Ostzone 1952.

26 Vgl. z. B. Erich Schulz an Bruno Goetzke vom 18.7.1949, in: MFSt, BMG, Karton 6, 3. Teil Ostzonengemeinden unter Gemeindegruppe Halle: „Die Nachricht von Willi Peters trifft nicht zu. Eine geschlossene Überführung der Mennoniten aus der Ostzone in die Westzonen ist nicht möglich, aber es ist der Wunsch des MCC, möglichst viele Mennoniten oder auch alle im Laufe der Zeit in die Westzonen zu nehmen; nur ist leider dieser Wunsch jetzt noch nicht erfüllbar. Also noch Geduld und vor allem Vorsicht.“

„Der Bote‘ wird auch von den Russen gelesen“.²⁷ Das bringe für die in der DDR lebenden Mennoniten nur noch weitere Nachteile. Bereits jetzt sei die Duldung der Mennoniten in der Ostzone sehr in Frage gestellt. So rät er in jeder Hinsicht die größte Vorsicht walten zu lassen.

Die Sorge war zwar berechtigt, wurde allerdings zu spät kommuniziert, denn die geheimen Spitzel der Volkspolizei hatten längst Wind von diesem Vorhaben bekommen, was zu vermehrten Überwachungen führte. Ein Spitzel, der im Gottesdienst von Bruno Goetzke gesessen hatte, berichtete über die Auswanderung Folgendes an seinen Vorgesetzten:

„Die genannten 17 Personen sind bereits auf dem Wege nach Kanada. Die Finanzierung der Überfahrt wird von einem Pfarrer aus Amerika durchgeführt, welcher noch von einem Gläubigen der Sekte unterstützt wird, der Inhaber einer Messerfabrik in Amerika ist. Von diesen beiden Personen würden die Gelder für die Überfahrt nur verauslagt werden und jedes Mitglied müsste drüben erst 1 Jahr in der Landwirtschaft arbeiten, wofür es keine Bezahlung gibt und damit $\frac{2}{3}$ der Schuld getilgt sind, das restliche Drittel wäre nachher leicht zu begleichen, da es in Amerika Dollars gibt.“²⁸

Diese und ähnliche Erzählungen (unklar ist z. B., wer dieser Pfarrer aus Amerika und der Messerfabrikant sein sollen!?) bildeten die Grundlage für den oben erwähnten Versuch, die Mennoniten noch genauer zu beobachten und sie möglichst zu verbieten, wie der Hauptabteilungsleiter Sorgenicht an den Innenminister Dr. Steinhoff schrieb:

„Bereits am 23.8.51 berichtete die HVDVP [Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei, B.T.] über Vorkommnisse im Land Sachsen-Anhalt. Daraufhin wurde der Entwurf für das sofortige Verbot ausgearbeitet, der aber nochmals überprüft wurde mit dem Ziel, nähere Angaben zu erhalten. Die HVDVP wurde gebeten, eine verstärkte Überwachung durchzuführen. Dies ist geschehen.“²⁹

Die Möglichkeiten, mennonitisches Gemeindeleben in der DDR zu organisieren, nahmen drastisch ab. Da die Mennoniten lediglich als „sonstige Religionsgemeinschaft“ und nicht als Körperschaft des öffentlichen Rechtes galten, unterlagen sie den Versammlungsregeln des Vereinsrechtes: „Anzeigepflicht für alle Versammlungen von mehr als 5 Personen.“³⁰

27 Brief *Erich Schultz* an John Thiessen General Secretary Board of Missions, Newton (KS), vom 15.7.1952, in: MFSt, BMG, Karton 9, Ostzone 1952.

28 *Erich Lust*, Chefinspektor der Volkspolizei an Ministerium des Inneren, Herrn Staatssekretär Warnke vom 23.8.1951, in: BArch, DO 4/723, Mennonitengemeinde in der DDR; Bd. 2: 1951–1966.

29 *Sorgenicht*, Hauptabteilungsleiter, an Minister Dr. Steinhoff, 22.1.1952, in: ebd.

30 STRENG VERTRAULICH! Protokoll über eine Sitzung von Vertretern europäischer mennonitischer Hilfsorganisationen und des MCC in Basel am 19.7.1954, 2, in: BMG-Archiv, Berlin, Ordner Krüger.

Bei den DDR-Behörden galten sie inzwischen als eine „mit dem Westen zusammenarbeitende Untergrundbewegung der Kapitalisten“.³¹

Besonders die niederländischen Mennoniten forcierten den Plan, alle zu diesem Zeitpunkt noch etwa 1000 in der DDR lebenden Mennoniten „rauszuholen“. Mehrfach, z. B. am Rande der Mennonitischen Weltkonferenz 1952 in Basel, bei einer Begegnung 1954 in Karlsruhe und einem Treffen in Düsseldorf 1955 trafen sich Vertreter mennonitischer Hilfswerke³² zu geheimen Gesprächen. Dabei wurde bekräftigt, dass „die ganze internationale Mennonitische Bruderschaft zusammen an der Lösung der Not arbeiten solle“, um langfristig die Flucht der Glaubensgeschwister aus „der Zone“ zu unterstützen ungeachtet dessen sollen jedoch weiter materielle Hilfeleistungen bereitgestellt werden. Auch solle ein Reisefonds gebildet werden, woraus den Glaubensgeschwistern, die lediglich zu Besuch ins Menno-Heim im Westsektor Berlins kamen, die Reisekosten erstattet werden sollte.

Was die Ausreise anging, so überlegte man im Geheimen verschiedene Varianten:

- für die arbeitsunfähigen und alten Menschen sollte geprüft und ermöglicht werden, dass sie in westdeutsche, gegebenenfalls auch in niederländische mennonitische Altenheime übersiedeln könnten.
- Für eine Auswanderung nach Südamerika kämen Paraguay und Uruguay in Frage. Dazu war allerdings die Anerkennung als politische Flüchtlinge (Gefahr an Leib und Leben) nötig, welche lediglich 50 % der Mennoniten aus der DDR im Westen zugesprochen bekamen. Lebten sie ohne diese Anerkennung in den Westsektoren Berlins, dann galt das als illegal und sie bekamen höchstens 35,- West-Mark monatlich und hatten keinen Anspruch auf Erstattung der Flugkosten aus Berlin in den Westen, auch fehlte zukünftig die Grundlage für jede weitere staatliche Zuwendung. Wer (eventuell auch gezwungenermaßen) Mitglied in der SED war, konnte nicht nach Amerika auswandern.³³
- Es wurde erwogen, ob nicht über das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UN) eine gesamte Evakuierung der Mennoniten

31 Ebd., 3.

32 Beim Gespräch am 19.7.1954 in Basel waren dabei: Kauffman, Loewen (MCC), Ingold Schmutz („Christenpflicht“, Süddeutschland), Stauffer, Hertzler (beide Hilfswerk der Vereinigung, Westdeutschland), Hege (Gemeindeverband), Goldschmitt (Schweiz), Erich und Wolfgang Schultz (beide Berlin), De Zeeuw, und Blaauw (beide Stichting voor buzondere Noden, BN, Niederlande), ebd., 1.

33 Vgl. STRENG VERTRAULICH! Protokoll, vom 19.7.1954, 2.

ten auch ohne Anerkennung als politische Flüchtlinge ermöglicht werden könnte, wenn dann ein drittes Land gefunden würde, damit die Finanzkasse der Bundesrepublik nicht in Anspruch genommen werden müssten. Die Frage blieb offen.³⁴

- 300 bis 500 „Ostzonenmennoniten“ einschließlich deren Angehörige könnten in Holland angesiedelt werden. Darauf stellte der niederländische Mennonit de Zeeuw, der auch Mitglied im Weltrat der Kirchen (ÖRK) war, einen Antrag beim holländischen Ministerium. Ihnen könnte in Friesland landwirtschaftliche Arbeit und westlich von Gronau industrielle Arbeit (Spinnerei und Textilien) zur Verfügung gestellt werden. De Zeeuw hatte darüber bereits eine Unterredung mit einem Minister der niederländischen Regierung, der ihm Hoffnung machte, dies zu verwirklichen. Nun müsste herausgefunden werden, wie viele Mennoniten aus der DDR bereit wären, sich aussiedeln zu lassen und wie man das bewerkstelligen könnte.³⁵

Man beschloss, bei der nächsten Kleiderausgabe im Menno-Heim (Berlin-West) durch Listen und persönliche Gespräche herauszufinden, wie die Bereitschaft der Mennoniten sei, die DDR zu verlassen.

Bereits 1953 hatten alle mennonitischen Prediger und Ältesten der DDR den Rücken gekehrt. Als letzter bekam Bruno Goetzke von einem Bekannten den Tipp, aus der DDR schnell zu verschwinden. Die Polizei hatte sich zunehmend für ihn interessiert. Seine Post wurde überwacht. Daraufhin hatte er angeregt, keine offiziellen Taufen mehr in Gottesdiensten anzumelden, sondern nunmehr Haustaufen zu machen. Die Lage für ihn wurde immer prekärer:

„Einmal bin ich hereingefallen und kläglich entkommen. [Goetzke spielt an auf seine Gefangennahme und Inhaftierung in Ostpreußen durch die Rote Armee, B. T.] Das zweite Mal hätte ich es nicht überstanden. Sie sollten mich nicht haben. Sie durften nicht meinen schwachen Körper in ihre Gewalt bekommen. Am Tage wurde man beobachtet, spät abends besuchte mich die Polizei. Sie waren alle nicht aufrichtig. Sogar des Nachts hatte man keine Ruhe. Früh in der Dunkelheit verließ ich meine Wohnung, um auf einem anderen Bahnhof den Zug zu besteigen, und im Dunkeln kehrte ich zurück.“³⁶

Später erfuhr er, dass zwei Tage nach der Flucht mit seiner Frau Charlotte in den Westsektor Berlins die Geheimpolizei der DDR vor sei-

34 Ebd., 3.

35 Vgl. Niederschrift über die Besprechung in Düsseldorf, 25.3.1955, wegen Berlin-Hilfe, in: BMG-Archiv, Ordner Krüger, chronologisch, 1.

36 Vgl. Lebenserinnerungen Bruno Goetzke, 5, in: MFSt, BMG, Karton 9, Ostzone 1951–1953.

ner Tür in Zörbig / Kr. Bitterfeld stand. Goetzke vermutete, dass er da hätte verhaftet werden sollen.³⁷ Familienangehörige von Goetzke wurden aufgesucht oder an der Grenze beim Besuch des im Westsektor Berlins gelegenen Menno-Heims festgenommen und stundenlang verhört³⁸. Schließlich verließen auch diese die DDR. Bei mennonitischen Gemeindegliedern wurden Hausdurchsuchungen vollzogen.³⁹

So ging im Januar 1953 das eigenständige mennonitische Gemeindeleben in der DDR zunächst zu Ende. Resigniert schrieb der Älteste Erich Schultz an John Thiessen, Kansas, USA, 8. April 1953:

„In der Ostzone müssen wir auf eine eigentliche Seelsorge verzichten. Nicht nur ein neuer Reiseprediger würde gefährdet, sondern auch unsere Geschwister selbst, wenn sie sich an religiösen Zusammenkünften beteiligen. Unsere Hilfe kann nur im Stillen erfolgen, durch Übersendung von Liebesgaben soweit das noch möglich ist oder gelegentliche Geldsendungen.“⁴⁰



Abb. 3: Menno-Heim (Grafik von Simon Neufeld, BMG-Archiv, Berlin)

³⁷ Ebd.

³⁸ So antwortete Herr Rosenfeld, ein in der DDR lebender Mennonit, bei der Sitzung des Berlin-Gremiums in Berlin-Dahlem, am 22.11.1954, auf die Frage, ob die Lage im Osten für Mennoniten schwieriger sei als für andere: „Wenn man im Osten etwas wittert, daß jemand mit dem Mennonitentum zu tun hat, dann wird er beobachtet.“ Erich Schultz gibt hierzu zwei Fälle an: „Frau Götzke, Neukloster: die Kinder wollten Mennoniten werden – bisher waren sie evangelisch – sind vor vierzehn Tagen wegen des Taufunterrichts nach Berlin gekommen. 2 Tage später ist der Junge zur Polizei bestellt worden und wurde geschlagen und vernommen. Sie wußten, wo er gewesen ist und daß er das Reisegeld erstattet bekommen hat. Auch Frau Götzke wurde vorgeladen, sollte die Satzungen vorlegen. 2. Fall: Frau Götzke, Köthen, wurde auf der Reise zum Gottesdienst am 21.11. in Falkensee festgenommen, stundenlang verhört und über Prediger Götzke ausgefragt.“ Protokoll vom 22.11.1954, 9 f., in: BMG-Archiv, Ordner Krüger, chronologisch.

³⁹ Vgl. Anmerkung von *Erich Schultz*, in: STRENG VERTRAULICH! Material zur Zusammenstellung eines Protokolls über eine Sitzung von Vertretern Europäischer Mennonitischer Hilfsorganisationen, Basel, 19.7.1954, 2a, in: BMG-Archiv, Ordner Krüger, chronologisch.

⁴⁰ MFSt, BMG, Karton 9, Ostzone, 1951–1953.

2 Zweite Phase im Gemeindeleben der Mennoniten in der DDR (1953 bis 1961)

Für die Gemeindeglieder gab es nur noch das ab 1952 angemietete Menno-Heim in Berlin-Lichterfelde im amerikanischen Sektor. Noch war das Überschreiten der Grenze von Ost nach West möglich, wenn auch mit manchen Schwierigkeiten verbunden. So berichtet Erich Schultz von einem mennonitischen Volkspolizisten, in dessen Tasche man das Monatsblatt der Berliner Mennoniten-Gemeinde fand. Er wurde daraufhin verhaftet. Diese Verhaftung war Beleg genug, dass er im Westen als politischer Flüchtling anerkannt wurde.⁴¹

Von einem besonders drastischen Fall berichtet Wilhelm Kohnert, der stellvertretende Vorsitzende der BMG: Seine Nichte kam aus Dresden und wollte an Weihnachten ihre Familie in Berlin (West) besuchen. Dazu überquerte sie die Grenze von der sowjetischen Zone (DDR) in den Ost-Sektor Berlins, wo sie am 15. Dezember 1955 kontrolliert und verhaftet wurde. Kohnert vermutet, dass das Ostgeld, das sie bei sich trug, ihr zum Verhängnis wurde. Man unterstellte ihr, dass sie die DDR illegal verlassen wollte. Ungeachtet der Tatsache, dass sie zuhause in Dresden einen Mann und zwei minderjährige Kinder hatte, wurde sie zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Wegen guter Führung wurde die Haftstrafe auf 17 Monate reduziert. Noch ist nicht klar, ob der Grund ihrer Verhaftung das (Ost-)Bargeld war, oder ob dieser mit ihren mennonitischen Beziehungen zusammenhing, denn ihr Onkel war stellvertretender Gemeindeleiter der BMG im Westen. Außerdem hatten in ihrer Wohnung in Dresden mit Genehmigung der sowjetischen Kommandantur mennonitische Versammlungen stattgefunden, bis diese ihr verboten wurden.⁴²

Der DDR-Staat setzte die Kirchen weiter unter Druck und forderte eine förmliche Erklärung, in der die Kirchen die „Entwicklung zum Sozialismus“ in der DDR respektierten. Vor allem die evangelische und katholische Kirche musste hinnehmen, dass der Staat ihre Verfassungsgarantien, die auf Körperschaftsrechten beruhten, wesentlich reduzier-

41 Vgl. STRENG VERTRAULICH! Protokoll vom 19.7.1954, 4. Das Monatsblatt bestand aus einem A4-Blatt, auf dessen Vorderseite in der Regel ein besinnlicher Text von Erich Schultz stand und auf der Rückseite die Orte und Daten der nächsten (angemeldeten) Gottesdienste in der DDR angezeigt wurden, neben Informationen aus der Gemeindegartei, Geburts- und Todestage.

42 Bericht von *Wilhelm Kohnert* bei der Vorstandssitzung der Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden in Leutesdorf am Rhein, 7.4.1956. Zum Zeitpunkt des Berichtens war Kohnerts Nichte noch in Haft, in: BMG-Archiv, Ordner Krüger, chronologisch.

te. So wurde in einem Kommuniqué vom 21. Juli 1958 lediglich die „volle Glaubens- und Gewissensfreiheit“ und der „Schutz der ungestörten Religionsausübung“ bekräftigt.⁴³

Diese Formulierungen blieben für Mennoniten in der DDR weitgehend Worthülsen, denn es gab keine genehmigten Gottesdienste und Mennoniten standen unter ständiger Beobachtung. Als vom 10. bis 16. August 1957 eine Mennonitische Weltkonferenz (MWK), diesmal in Karlsruhe, stattfand, hatte die Staatssicherheit (MfS) großes Interesse, Informationen aus erster Hand zu bekommen: Alle Briefadressaten in der DDR, die aus dem Westen (Absender: BMG) eine Einladung zur MWK erhielten, wurden registriert und ihre Namen und Adressen an die lokalen Polizeistationen übermittelt. Z.B. wurde das Ministerium für Staatssicherheit in Neubrandenburg direkt angefragt, ob sie Geheime Mitarbeiter (GM) und Geheime Informanden (GI) für diese geheime Mission zur Verfügung stellen könnten:

„Um einen genauen Überblick über die Teilnehmerzahl der vorhandenen GI und GM zu bekommen, bitten wir Sie, der HA/V/4/III mitzuteilen, welche GI und GM aus Ihrer Bezirksverwaltung die Möglichkeit haben, an dieser Konferenz teilzunehmen.“⁴⁴

Auch sollte herausgefunden werden, wer zu diesem Zeitpunkt einen Interzonenpass beantragte, ob es geeignete Personen gäbe, die man vorher als GI anwerben und wie man mit Personen nach ihrer Rückkehr eine Aussprache über die Konferenz führen könnte.

Auf der Liste der fast 50 Adressen ist ein Name handschriftlich doppelt unterstrichen und mit einem Haken versehen. Hier hatte die MfS-Dienststelle in Neubrandenburg wohl jemanden gefunden, der für sie spionieren würde.⁴⁵

Die Kontrolle des DDR-Regimes über Kirchen und Religionsgemeinschaften und damit auch über Mennoniten machte an den Grenzen nicht Halt. Dies zeigt ein weiteres Beispiel:

Dem Hilfswerk der Reformierten Kirche in der Schweiz gehörte ein Haus, die Casa Locarno (Abb. 4). Hier, in der neutralen Schweiz, sollten Begegnungen zwischen den verfeindeten Blöcken Ost und West ermöglicht werden. Nach Gründung des Ökumenischen Rates der Kir-

43 Vgl. *Luchterhandt*, Verfassungsgrundlagen kirchlicher Eigenständigkeit, 22.

44 Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, Hauptabteilung V/4, Berlin, 30.4.1957, Bra/Sa. Tgb.Nr. V/4/III/4058/57. An das Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Neubrandenburg, Abteilung V/4, Neubrandenburg, Betr: Sekte „Mennoniten“, in: BStU, HA XX/4 2976, 263 ff.

45 Ebd., 265.



Abb. 4: Ost-West-Begegnung in der Casa Locarno (Foto: Gudrun Enns)

chen (ÖRK) 1948 in Amsterdam, Niederlande, und der Installierung des Sitzes in Genf, Schweiz, schloss sich der ÖRK diesem Projekt des Hilfswerk der Reformierten Kirche an.

Viele Pastor*innen mit ihren Ehepartner*innen und zum Teil ganze Familien kamen aus dem westlichen und dem östlichen Europa zusammen, auch Mennoniten.

Fünf Jahre lang leitete Irene Goldschmidt, genannt „Goldi“, in den 1950er Jahren dieses Haus. Sie stammte aus einer jüdischen Familie aus Zürich, die den größten deutschsprachigen jüdischen Verlag betrieb. Sie konvertierte zunächst zur Reformierten Kirche und wurde später Mennonitin.⁴⁶ Wegen Konversion wurde sie von ihrer Familie ausgeschlossen.

In der Casa Locarno lernte sie sehr viele Theologen aus der DDR kennen, unter anderem auch Pfarrer Gerhard Bassarak. Diese Kontakte pflegte Irene Goldschmidt bis weit in die 1980er Jahre.⁴⁷

Gerhard Bassarak war Geheimer Informator (GI), Deckname „Freund“, und erhielt von der Stasi den Auftrag, bei der Tagung der Historischen Friedenskirchen in Südfrankreich (8.–13. Juli 1960) Kontakte zu knüpfen und für das Ministerium für Staatssicherheit zu spionieren. Sein Auftrag wurde so formuliert:

⁴⁶ Aufnahme durch Pastor John R. Friesen in die Berliner Mennoniten-Gemeinde, Anfang der 1970er Jahre.

⁴⁷ Zu Irene Goldschmidt vgl. BStU, MfS AP, 22083/92, 18–21.

„Ziel dieser Reise ist es, Informationen über die Konzeptionen dieser Organisationen und ihrer leitenden Persönlichkeiten zu beschaffen; ausserdem Kontakte zu ökumenischen Persönlichkeiten zu schaffen. Die Kommission für Internationale Angelegenheiten beim Weltkirchenrat, die durch Allen D u l l e s gegründet wurde und beeinflusst wird, hat sich bisher bemüht, diese oben angeführten Organisationen, deren Mitglieder sich aus Angehörigen fast aller kirchlichen Organisationen zusammensetzen, unter Kontrolle zu bekommen.

Mit Ausnahme der ‚Historischen Friedenskirche‘ ist diese Absicht bereits verwirklicht. Zu untersuchen ist, wie während der Tagung der ‚Historischen Friedenskirchen‘ die Haltung gegenüber der Kommission für Internationale Angelegenheiten weiter festgelegt wird.“⁴⁸

Diese Tagung war die dritte der sogenannten Puidoux-Konferenzen, an der besonders viele Kirchenvertreter*innen aus kommunistischen Ländern des Ostblocks teilnahmen.⁴⁹ Gerhard Bassarak hatte Kontakte zu den historischen Friedenskirchen herstellen können, unter anderem zu John Howard Yoder, der in den 1960er bis 1980er Jahren der führende mennonitische Friedenstheologe aus Nordamerika war. Bassarak und Yoder organisierten 1965 gemeinsam eine Tagung für Theologiestudierende aus West und Ost.⁵⁰

Gerhard Bassarak arbeitete später unter dem Decknamen „Buss“ für das MfS als IMF (Inoffizieller Mitarbeiter der inneren Abwehr mit Feindverbindungen).⁵¹

3 Dritte Phase der Geschichte der Mennoniten in der DDR (1961 bis 1980)

3.1 13. August 1961: Mauerbau in Berlin!

In dieser Zeit fand gerade eine Kinderfreizeit im Menno-Heim in Berlin-Lichterfelde (Berlin-West) statt. Die Kinder stammten vor allem aus dem Ostsektor und der DDR. Diese mussten nun mit Hilfe des Internationalen Roten Kreuzes zu ihren Familien in die DDR zurück-

48 BStU, *Bassarak*, MfS AP Nr. 11. 329/92, 63 f.

49 Vgl. *Fernando Enns*, *Friedenskirche in der Ökumene, Mennonitische Wurzeln einer Ethik der Gewaltfreiheit*, Göttingen 2003, 228 ff.

50 Brief von *Marlin Miller*, Sekretär der Friedensabteilung des Mennonitischen Zentralkomitees (Europa) an Pfarrer Gerhard Bassarak, 16. Januar 1965, *Organisation der Theologiestudierenden-Tagung 1965*, in: BArch, DO 4/723, Bl. 965 f.

51 Vgl. *Verpflichtungsbericht mit Vereinbarung*, 15.11.1968, Bassaraks Führungsoffizier war Major später Oberstleutnant Heinz Sgraja, in: BStU, XV 1005/69 „Buss“ Beifügung Bd. 1, 37. Vgl. auch *Ilko-Sascha Kowalczyk*, *Stasi Konkret, Überwachung und Repression in der DDR*, München 2013, 77: „Von 1954 bis in die zweite Hälfte der 1970er Jahre gehörte er [Heinz Sgraja, B.Th.] zu den wichtigsten MfS-Offizieren in der Zentrale, die die Kirchen ‚bearbeiteten‘, dort inoffizielle Mitarbeiter rekrutierten und als Führungsoffiziere anleiteten.“

gebracht oder in das Haus der Familie Jantzen in die Schwedter Straße, Berlin (Ost), Prenzlauer Berg, begleitet werden, wo sie von ihren Eltern abgeholt werden konnten. Einige Eltern, die die Tage im Westsektor Berlins verbrachten, nutzten die Gelegenheit zur Flucht, indem sie im Westen blieben.⁵²

Bisher gab es keine eigenständige Mennonitengemeinde in der DDR. Alle etwa noch 300–350 über die ganze DDR verstreut lebenden Mennoniten gehörten der Berliner Mennoniten-Gemeinde in Berlin-Lichterfelde an. Nun war die Lage von heute auf morgen anders.

Walter Jantzen lebte in Berlin, „Hauptstadt der DDR“. Der Vorsitzende der Berliner Mennoniten-Gemeinde, Erich Schultz, rief ihn an, um ihm sinngemäß mitzuteilen, dass Walter Jantzen der Einzige aus dem Vorstand der BMG sei, der in der DDR wohne. Er müsse sich nun um die Geschwister in der DDR kümmern. Die Gemeinde in Berlin (West) wolle ihn dabei nach Kräften unterstützen.⁵³



Abb. 5: Berta und Walter Jantzen, ca. 1975 (Foto: privat)

⁵² Vgl. Interview am 29.10.2020 mit *Erhard Woelke*, einem damaligen Mitarbeiter bei dieser Kinderfreizeit. Manuskript unveröffentlicht.

⁵³ Vgl. *Leben in Grenzen*, 88.

Nun war also der Automechaniker und selbständige Fuhrunternehmer Walter Jantzen für die Mennoniten in der DDR zuständig. Unterstützung erhielt er nicht nur von seiner Frau Berta und den Glaubensgeschwistern aus dem Westen, sondern auch vom Ev. Luth. Pfarrer Johannes Mickley von der Ev. Luth. Kirche „Pfungst“ in Berlin-Friedrichshain. Ebenso half der Sekretär der Christlichen Friedenskonferenz, Ausschuss DDR, Carl Ordnung, ein Methodist und Mitglied im Leitungsorgan der CDU-Ost, Walter Jantzen bei den Behördenkontakten, um die „Mennoniten-Gemeinde in der DDR“ anzumelden. So schrieb er in einem Brief an seinen Parteikollegen der CDU-Ost, Kusch, dass es bisher „keinerlei rechtliche Grundlage“ für die Gemeinschaft der Mennoniten in der DDR gäbe, weiter fragte er im Namen von Walter Jantzen an, wie sich die Mennoniten organisieren sollten, denn es läge Jantzen daran, dass „dies ganz offen und legal geschieht“.⁵⁴ Walter Jantzen, der von 1961 bis 1980 die Leitung der Gemeinde inne hatte, ging einen angepassten Weg. Er wollte die Existenz der Gemeinde nicht gefährden und suchte daher für alle Handlungen und jede Gemeindeveranstaltung die Zustimmung der Obrigkeit. Eine amtliche Zulassung war vermutlich doch nicht nötig, da die DDR die Registrierung der Mennoniten als anerkannte Religionsgemeinschaft aus früheren Zeiten übernommen hatte⁵⁵ und ein Verbot nicht durchgesetzt worden war.

Die Konfrontation der frühen 1950er Jahre schien vorbei, so dass die Mennoniten sich als Freikirche an verschiedenen Orten in der DDR zu Gottesdiensten versammeln konnten.

Sie fanden Gastfreundschaft bei Baptisten und Ev. Lutherischen Gemeinden, in Gemeinderäumen anderer Freikirchen sowie in Wohnzimmern von Gemeindegliedern. Walter Jantzen fuhr oft zusammen mit seiner Frau Berta oder anderen Gemeindegliedern in der ganzen DDR von Rostock über Schwerin bis Sachsen und Thüringen, um Gemeindeglieder zu besuchen, Gottesdienste zu halten und Kontakte zu pflegen.

Die „entschieden sozialistische“⁵⁶ Verfassung vom 6. April 1968 garantierte in Art. 20, Abs. 1 jeder Bürgerin und jedem Bürger „die gleichen Rechte und Pflichten [...] unabhängig von seinem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis“ sowie „Gewissens- und Glaubensfreiheit“. Die zentrale Bestimmung der Verfassung dazu stand in Art. 39:

54 Brief von *Carl Ordnung*, Parteileitung der CDU-Ost, an Kollege Kusch, Staatssekretariat für Kirchenfragen vom 26.11.1963, in: BArch, DO 4/723, Bl. 967.

55 S.o. Anm. 4.

56 *Luchterhandt*, Verfassungsgrundlagen kirchlicher Eigenständigkeit, 22.

„Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben. Die Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften ordnen ihre Angelegenheiten und üben ihre Tätigkeiten aus in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik. Näheres kann durch Vereinbarungen geregelt werden.“⁵⁷

Auf dieser Grundlage organisierte Walter Jantzen seine Gemeindetätigkeit. Es scheint, als wenn die Mennoniten von der DDR-Regierung und den zuständigen Ämtern zwar nach wie vor streng beobachtet, jedoch geduldet, ja, fast akzeptiert wurden. Das mag auch daran liegen, dass Jantzen Konfrontationen mit dem Staat mied und eher geschmeidig zwischen allen Dienststellen agierte.



Abb. 6: Taufe durch Walter Jantzen, 1973 (Foto: privat)

Einmal im Monat fand ein Gottesdienst in Berlin-Friedrichshain statt, im Gemeindesaal der Evangelischen Kirche „Pfingst“. Immer, wenn ein Foto auftaucht, auf dem Jesus und der Fischzug zu sehen sind, wissen wir, dass es in diesem Gemeindesaal aufgenommen wurde.⁵⁸

Unterstützung erhielt Walter Jantzen von der Berliner Mennoniten-Gemeinde in Berlin-West, so schrieb Erich Schultz zu fast jedem Gottesdienst, den Walter Jantzen hielt, ein meist eine Seite langes Grußwort.⁵⁹ Als ab Sommer 1966 der kanadische Theologe und Pastor John

⁵⁷ Zitiert nach: ebd.

⁵⁸ Das Motiv für den Wandbehang stammt vom Künstler Herbert Seidel (1906–1974).

⁵⁹ Vgl. die Durchschläge der Grußworte in: BMG-Archiv, Ordner Korrespondenz Erich Schultz – Walter Jantzen.

konferenz in Berlin (Ost)⁶⁴ zusammengelegt worden war, viele Staatssicherheitskräfte anwesend waren.

Pastor Müller beschrieb seine Begegnung mit den Beobachtern am 5. und 6. August 1967 in einem Interview. Die Stasi-Leute bewachten „auffällig unauffällig“ die ganzen Straßen rund um den Tagungsort.

Ich „hab gegrüßt und ich hab (lacht) ’ne unheimliche Frechheit gehabt und an der Telefonzelle und dahinter standen sie. Ging ich darauf zu, dann ging er rum mit der Zeitung und denn guckte ich auch so über den Rand rüber über die Zeitung, guckte dann aber in die Telefonzelle, so daß ich nicht ihn angucken wollte, ihm war es dann doch unangenehm, die wollten ja auch nicht so von Angesicht zu Angesicht gesehen und angesehen werden. Also, da hab ich zwei Tage echt Spielchen getrieben.“⁶⁵

Walter Jantzen bekam zwar mündlich zugesagt, dass Mennoniten sich zu Gottesdiensten versammeln dürften, doch aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre wollte er Rechtssicherheit haben, daher schrieb er an den Staatssekretär für Kirchenfragen:

Es liegt „den Gliedern unserer Gemeinde sehr dringend daran, eine entsprechende ausdrückliche schriftliche Mitteilung vom Staatssekretariat zu bekommen, daß gegen die Abhaltung unserer Zusammenkünfte keine Bedenken bestehen.“⁶⁶

Als bei der oben erwähnten Tagung von Theologiestudierenden 1965 (abgehalten von Dr. John Howard Yoder und Dr. Gerhard Bassarak) ein gemeinsamer Gottesdienst mit weiteren Vertretern aus Westdeutschland stattfinden sollte, lud Jantzen Mitglieder aus dem Staatssekretariat für Kirchenfragen dazu ein. Diese sahen von einer Teilnahme ab mit dem handschriftlichen Hinweis auf dem Einladungsschreiben, dass ja bereits Bassarak dabei sein würde (IMF Buss), das genügte wohl an Kontrolle.⁶⁷

64 Genannt wurde die Konferenz so, da einige Tage zuvor (23. bis 30.7.1967) in Amsterdam die offizielle Mennonitische Weltkonferenz stattfand, zu der allerdings niemand aus der DDR anreisen durfte. Daraufhin haben ca. 40 internationale Gäste beschlossen, eine kleine Versammlung in Berlin (Ost) zu besuchen, organisiert von Mennoniten aus Berlin (Ost und West). Es kamen auch viele DDR-Gemeindeglieder zur Tagung. Vgl. *John R. Friesen*, Blick über die Mauer, in: junge gemeinde, Jugendblatt der Mennoniten, hg. von der Jugendkommission der Süddeutschen Mennoniten Karlsruhe, Nr. 11, 1967, 176.

65 Aus: Abschrift des Tonbandinterviews von *Reinhard Assmann* mit *Peter Müller* (18.5.2001), in: Zeitzeugenbefragung zur Geschichte des BEFG in Deutschland/in der DDR, Oncken-Archiv, Elstal bei Berlin.

66 Brief von *Walter Jantzen* an Staatssekretär Seigewasser vom 12.8.1966, in: BArch, DO 4/723 Bl. 962.

67 Vgl. handschriftliche Anmerkung an den Brief *Walter Jantzen* an Staatssekretariat für Kirchenfragen vom 3.6.1965, in: BArch DO 4/723 Bl. 964.

Die DDR nahm an den blockübergreifenden Verhandlungen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) teil und Erich Honecker unterzeichnete am 1. August 1975 die Schlussakte von Helsinki. Dieses Dokument stellte eine Wegmarke im Verhältnis der Ost- und Weststaaten in Europa dar. Die Souveränität der Staaten und erstmalig auch die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen (besonders Polens und der DDR) wurden offiziell und international anerkannt. Außerdem unterschrieb die DDR auch die im Abschnitt 1, Kapitel VII enthaltene Selbstverpflichtung zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit.⁶⁸

Die Auslegung und Einhaltung dieser Rechte und Freiheiten wurde zwar jedem Staat selbst überlassen, denn man sicherte sich gegenseitige Nichteinmischung zu, dennoch schien der Führung der DDR nicht ganz wohl dabei gewesen zu sein. Es konnten sich ja Dissidenten, Oppositionsgruppen und vor allem auch die Kirchen auf diese jetzt unterschriebenen Freiheiten berufen. Hoffnungen verschiedener Gruppen auf Lockerung und Entspannung keimten auf. Deshalb forderte die SED-Führung über die Arbeitsgemeinschaft der Christlichen Kirchen (AgCK) deren Mitgliedskirchen zu einer Gruß- und Solidaritätsadresse an den Staat auf und damit einer Einverständniserklärung mit dem Sozialismus. Anlass dazu war der 30. Jahrestag nach der Befreiung vom NS-Faschismus.

Verschiedene kirchliche Vertreter*innen meldeten sich zu Wort.⁶⁹ Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) formulierte für ihre Mitgliedskirchen, zu denen auch die Mennoniten gehörten, eine Grußadresse, in der es hieß:

„Daß Frieden und Völkerfreundschaft die erklärten Grundsätze und Leitlinien der Politik des sozialistischen Staates sind, in dem wir heute leben, findet unsere volle und dankbare Zustimmung.“⁷⁰

Zusätzlich schickte Walter Jantzen im Namen des Gemeindevorstandes einen eigenen Brief an den Staatssekretär für Kirchenfragen mit einer

⁶⁸ Vgl. <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/210407/ksze-schlussakte> [letzter Zugriff 12.02.2021].

⁶⁹ So sprach Bischof Schönherr bei einem Symposium mit der Russisch-Orthodoxen Kirche zum 30. Jahrestag des Kriegsendes. Und Frau OKR Lewek vom Sekretariat des Bundes Evangelischer Kirchen (BEK) betonte besonders den Begriff „Befreiung“ und dabei auch „neuen Unfreiheiten zu widerstehen“, vgl. *Rudolf Mau*, *Der Protestantismus im Osten Deutschlands (1945–1990)*, Bd. IV/3 (Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen), hg. von Ulrich Gäbler und Johannes Schilling, Leipzig 2014, 120f.

⁷⁰ Aus: Wort und Werk, Monatsblatt für die Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden, Nr. 4 / XXIX, April 1975, 2.

„Erklärung der Mennoniten-Gemeinde in der DDR aus Anlaß des 30. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus“:

„Indem wir Mitglieder der Mennoniten-Gemeinde in der DDR unablässlich an der weiteren Vervollkommnung unserer sozialistischen Ordnung mitwirken und unseren Beitrag zur Unterstützung ihrer Friedenspolitik leisten, wollen wir auch im 450. Jubiläumjahr der Täufer nach der Erkenntnis handeln:

Wer als Christ Frieden stiften und das Wohl seines Nächsten fördern will, hat dazu als Bürger eines sozialistischen Staates wie das unseren gute Voraussetzungen.

Menno Simons, einer der bedeutendsten Täufer des 16. Jahrhunderts nach dem sich die Mennoniten nennen, sagte 1539:

„Wahrer evangelischer Glaube kann nicht schlafen. Solcher Glaube kleidet die Nackten, speist die Hungernden, tröstet die Trauernden, bietet den Obdachlosen Obdach, dient denjenigen, die ihm Leid zufügen, verbindet, was verwundet ist, ist allen alles geworden.“⁷¹

Das Jahr 1975 war gleichzeitig in der Mennonitischen Gemeinschaft das Jahr des Gedenkens an 450 Jahre Täuferbewegung. Mit einer Konferenz auf dem Bienenberg bei Basel (CH) im Rahmen der Mennonitischen Europäischen Regionalkonferenz (MERK) vom 8. bis 13. Juli 1975 wurde an diese Ereignisse erinnert. Walter Jantzen (Berlin-Ost) nutzte die Gelegenheit, gemeinsam mit Pastor John R. Friesen (Berlin-West) an dieser Tagung teilzunehmen. In Workshops wurden zentrale Texte von Täufern behandelt, unter anderem auch von Menno Simons. So bekam Walter Jantzen neue Impulse als mennonitischer Gemeindeleiter in einer sozialistischen Gesellschaft.⁷²

Über den Begriff „Frieden“ ließ sich für Walter Jantzen eine Verbindung herstellen zwischen der Terminologie des Staatsapparates und den traditionellen Grundlagen der Mennoniten als historischer Friedenskirche. So unterschrieb Jantzen seine Briefe an den Staatssekretär für Kirchenfragen gerne mit den Worten:

„In der gemeinsamen Verbundenheit für die grosse Sache des Friedens grüsst im Auftrag der Mennoniten in der DDR und Berlin
Ihr Walter Jantzen“⁷³

Zur Mennonitischen Weltkonferenz in Wichita, Kansas, USA, vom 25. bis 30. Juli 1978 erhielten Berta und Walter Jantzen eine Einla-

⁷¹ Brief *Walter Jantzen*, an Staatssekretär für Kirchenfragen vom 25.4.1975, in: BArch DO 4/1536 Bl. 766.

⁷² Jantzen verwendet das Menno Simons-Zitat noch einmal bei der Selbstdarstellung der Mennoniten-Gemeinde in der DDR, Zeitschrift „Neue Zeit“ der CDU-Ost (12/1975), Faksimile, in: *Leben in Grenzen*, 92 f.

⁷³ BArch, DO 4/723 Bl. 962.

dung.⁷⁴ Um Visa zu beantragen, schrieb Walter Jantzen am 7. Februar 1978 einen Brief an den Staatssekretär für Kirchenfragen (Hans Seigewasser) mit der Bitte um Befürwortung eines Reiseantrages nach Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika. Auch darin spielt der Begriff „Frieden“ eine exponierte Rolle. In der Begründung verweist Jantzen darauf hin, dass die Mennoniten der ganzen Welt aus dem Evangelium des Friedens lebten und überall dort hülften, wo Menschen durch Unrechtsverhältnisse entwürdigt und in Not gestürzt würden. Auch sähe er die „gute Möglichkeit, den Friedensgedanken der Kirchen und Gemeinden in der DDR und unseres Staates zu Gunsten der Unterdrückten, Nachdruck zu verleihen“. Mennoniten, die in den letzten Jahren die DDR besuchten „waren beeindruckt von der vereinten Schaffenskraft und dem Aufbau unseres Staates, welcher in vorderster Reihe zur Sicherung des Friedens steht.“⁷⁵

Es ist bemerkenswert, wie Jantzen die Klaviatur der ideologischen Terminologie beherrschte, um seine Ziele zu erreichen. Dem Reiseantrag wurde stattgegeben, allerdings mit der Einschränkung, nur in die USA, nicht aber weiter nach Kanada reisen zu dürfen. „So mit Herrn Jantzen besprochen“, stand handschriftlich auf dem Antrag. Ein kleines Reisetagebuch von Berta Jantzen belegt allerdings, dass sie zunächst nach Winnipeg, Manitoba, Kanada, flogen, von dort mit dem Auto über die Grenze nach USA zur Konferenz fuhren, quer durch USA an die Westküste reisten, wo sie abgeholt und mit dem Auto die kanadische Grenze nach Vancouver, British Columbia, überquerten. Es war nervenzehrend, bei der Kanadischen Botschaft in Seattle, USA, die Einreisegenehmigung für Kanada zu bekommen, wie Berta Jantzen in ihrem Reisetagebuch schrieb („bitten und viel reden“⁷⁶). Schließlich kehrten sie über Winnipeg wieder nach Berlin-Schönefeld, in die DDR zurück. Wie die mehrfache Überschreitung der Kanadisch-US-Amerikanischen Grenze möglich war und ob die DDR-Behörden davon erfuhr, ist nicht endgültig geklärt.

Auffällig in den Briefen an das Staatssekretariat und in den Selbstdarstellungen der Gemeinde ist, dass Walter Jantzen in großen Zusammenhängen die Begriffe der Staatsideologie mit den Anliegen der Mennoniten mischt (gegen Unterdrückung, Rassismus, Hunger etc.),

74 Anders als *Wolfgang Schultz* und *Jochen Jantzen* im mennlex Artikel über Walter Jantzen schreiben, fand die MWK nicht in Winnipeg, Kanada, sondern in Wichita, USA, statt. http://www.mennlex.de/doku.php?id=art:jantzen_walter [letzter Zugriff 27.01.2021].

75 BAArch, DO 4/4088 Bl. 1145.

76 *Berta Jantzen*, Reisetagebuch 1978, Besitz der Familie Jantzen.

dass er sich in der Individualethik auf Menno Simons beruft (Nackende kleiden, Hungernde speisen, etc.), es jedoch für die nähere gesellschaftliche Umgebung wie z. B. der Militarisierung der Jugend durch Wehrerziehung an Schulen keinerlei Aussagen und Reaktionen der Mennoniten-Gemeinde gibt.

War das Verhalten des Gemeindeleiters Jantzen nun zielführende Taktik, damit er sein Visum erhielt, geschmeidige Anbiederung oder naive Aufrichtigkeit? Vermutlich schwang von allem etwas mit. Man könnte es mit *Ambiguitätstoleranz* umschreiben. Das ist die Fähigkeit, Dinge, Erfahrungen und Verhältnisse in der Schwebelage zu lassen. Aussagen werden nur so weit getroffen, dass der andere noch Spielräume hat, seine Meinung hineinzudeuteln. Der Terminus kommt ursprünglich aus der Psychologie und bezeichnet die Kompetenz eines Menschen, unklare Situationen auszuhalten, ohne sie auf einer oder anderen Seite hin aufzulösen. Der Islamwissenschaftler Thomas Bauer hat diesen Ansatz in die Religionswissenschaft eingebracht.⁷⁷ Es gilt zu prüfen, ob sich das Deutungsmodell auch auf das (Über-)Leben in Diktaturen anwenden lässt.

Walter Jantzen jedenfalls vermochte Begriffe und Denkfiguren aus der mennonitischen Theologie und Ethik in die Diskussion mit der SED-Ideologie einzubringen. Er wandte sie geschickt an und ließ offen, dass beide Seiten sozusagen „das Gesicht wahren“ konnten. Dabei ging es vor allem um den Begriff „Frieden“.

3.2 Zum Schluss noch zwei Beispiele, wie das Ministerium für Staatssicherheit die Mennoniten zu kontrollieren versuchte

Zum ersten geht es um den kanadischen Pastor John R. Friesen, der von 1966 bis 1975 in Berlin (West) im Menno-Heim wohnte und für die BMG und unterstützend auch für die Mennoniten-Gemeinde in der DDR aktiv war. Auf ihn war IM „Chef“ bzw. IM „Chefarzt“ angesetzt.

⁷⁷ Der Begriff wurde von Else Frenkel-Brunswick 1949 in der Individualpsychologie eingeführt, um zu zeigen, wie Personen uneindeutige Situationen wahrnehmen und verarbeiten. In der sozialgeschichtlichen Forschung und Geschichtswissenschaft wurde er zuletzt 2018 in einem Sammelband breit aufgenommen: *Benjamin Scheller & Christian Hoffarth* (Hg.), *Ambiguität und die Ordnungen des Sozialen im Mittelalter*, Berlin/Boston 2018. Vgl. auch den mutigen Versuch von Thomas Bauer, *Ambiguitätstoleranz* in einen breiten gesellschaftlichen Diskurs einzubringen von Biologie über Politik, Religion und Kunst. *Thomas Bauer*, *Die Vereindeutigung der Welt – Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt*, Stuttgart 2018. Es stellt sich die Frage, ob *Ambiguitätstoleranz* auch im Verhältnis von Diktatur und Minderheitenkirche einen geeigneten Deutungsansatz für deren Kommunikation liefern kann.

Dieser baute freundschaftliche Beziehungen zu Familie Friesen auf und pflegte diesen Kontakt bis nach dem Mauerfall. Noch 1990 besuchte IM Chef, das ist Dr. Herbert Landmann, die Friesens in Winnipeg, Ma, Kanada, anlässlich der Mennonitischen Weltkonferenz. Kennengelernt hatten sich der Lungenfacharzt Landmann und Pastor Friesen spätestens bei der „kleinen Weltkonferenz“ im August 1967 in Berlin (Ost), als Dr. Landmann einen Dia-Vortrag über die Zerstörung von Krankenhäusern durch die US-Army in Nord-Vietnam hielt. Landmann war Lutheraner, Mitglied der CDU-Ost und der Christlichen Friedenskonferenz, Ausschuss DDR. Mit seiner Hilfe konnte John Friesen vom MCC finanzierte medizinische Hilfsgüter durch die DDR via Polen nach Nord-Vietnam verschiffen.

Allerdings scheint es auch so gewesen zu sein, dass John Friesen über den IM „Chef“ von der Stasi als sogenannter „Blinder Informant“ eingesetzt wurde. Friesen führte beispielsweise einen Freundschaftsdienst für Herbert Landmann aus, indem er in Berlin-West die Adresse eines „Republikflüchtlings“ ausfindig machte und an seinen „Freund“ in der DDR weiterleitete, in der Meinung, dass er damit ein gutes Werk täte. Die Information über die neue Adresse des ehemaligen DDR-Bürgers landet umgehend bei der Stasi. In Gegenwart von Landmann befand sich Friesen unter ständiger Kontrolle der Stasi.

Dessen ungeachtet konnte Pastor Friesen Bibeln in die DDR und nach Russland schmuggeln (lassen)⁷⁸ und schließlich ein befreundetes Ärzttehepaar aus der DDR bei der Flucht via kanadische Botschaft in Budapest nach Österreich und weiter nach Kanada unterstützen.⁷⁹

Das *zweite Beispiel* stammt aus der letzten Phase.

4 Vierte Phase: Mennoniten in der DDR (1980 bis 1990)

Mehrfach hatte der Redner, Evangelist und Prediger Gerd Bambowsky (alias IM „Heinz Wendland“, alias IM „Kornelius Hammer“, alias IM „Gerd“) Walter Jantzen in der Gemeindearbeit ehrenamtlich unterstützt. Als es Ende der 1970er Jahre darum ging, einen Nachfolger für den in den Ruhestand gehenden Jantzen zu finden, brachte Bambowsky seinen

⁷⁸ Vgl. *Leben in Grenzen*, 141.

⁷⁹ Vgl. ebd., 159, und den Bericht von IM „Martina“, die die Ehefrau von Herbert Landmann ist, nämlich Ortrun Landmann. Interessant ist, dass sie, obwohl es offensichtlich war, dass John Friesen dahintersteckte, mit keinem Wort dessen Name gegenüber ihrem Führungsoffizier erwähnte. Wollte sie die auch mit ihr befreundeten Friesens schützen? Vgl. BStU, MfS, AIM 8118-91 Teil II-5_A, Blätter 94-96.

Freund und Ev. Luth. Pastor Knuth Hansen ins Gespräch. Renate Roeser, die ehemalige Schriftführerin der Mennoniten-Gemeinden in der DDR, erzählte im Interview: „Gerd Bambowsky hat es so organisiert, dass Knuth Hansen unsere Gemeinde übernahm. [...] Dann ist der da so reingerutscht.“⁸⁰ Aus den Akten des BStU wird deutlich, dass die Stasi im Auftrag des sowjetischen Geheimdienstes KGB Knuth Hansen bei den Mennoniten als „Einfluss-IM“ einschleuste. Er sollte unter dem Decknamen „Paul“ internationale mennonitische Kontakte in die UdSSR aufspüren, um den sogenannten Literaturschmuggel zu beobachten und illegale Druckereien in der Sowjetunion auffindig zu machen.⁸¹

Im Windschatten dieser Tätigkeit hatte die Mennoniten-Gemeinde in der DDR relativ viele Privilegien. Manche wunderten sich zwar darüber, nahmen diese aber in der Regel dankbar an. „Ich kann über Knuth Hansen nichts Böses sagen, er hat uns den Westen geöffnet“⁸², resümierte die Kassenführerin der Mennoniten-Gemeinde in der DDR, Bärbel Schultz. Sie konnte mit Hansens Hilfe u. a. nach West-Berlin, West-Deutschland, Frankreich und in die Niederlande reisen.

Von 1980 bis 1990 stand die Gemeinde unter der direkten Kontrolle eines IM und das Staatssekretariat für Kirchenfragen stellte mit einer Einschätzung in einer „Sachstandsinformation über die in der DDR anerkannten und tätigen Kirchen und Religionsgemeinschaften“ 1986/87, wenige Jahre vor der friedlichen Revolution, fest:

„Die Mennonitengemeinde in der DDR verhält sich politisch loyal. Es bestehen geordnete Beziehungen zum Staat. Die sozialistische Staats- und Rechtsordnung wird geachtet, die sozialistische Gesetzlichkeit eingehalten“⁸³

Fazit

Am Ende des Zweiten Weltkrieges kamen etwa 2.000 Mennoniten aus Ost- und Westpreußen als Flüchtlinge in das Gebiet der späteren SBZ bzw. DDR. Diese meist ehemals selbstständigen Landwirte mit

80 Leben in Grenzen, 143.

81 „Der Einsatz der IM ‚Heinz Wendland‘ und ‚Paul‘ erfolgt mit dem Ziel, Verbindungspersonen, illegale Literaturstützpunkte und Druckereien der genannten klerikalen Organisationen in der UdSSR festzustellen und aufzuklären“, in: BStU, MfS HA XX/4, Nr. 487, 107 und „Im Ergebnis dieser Reise und durchgeführter Qualifizierungsmaßnahmen gelang es, den IM ‚Paul‘ in die Position eines leitenden Mitarbeiters der Mennonitengemeinde in der DDR, die aktive Verbindungen in die UdSSR unterhält, zu lancieren“ (ebd., 157); vgl. *Ann-Kathrin Reichardt*, Schmuggler, Spitzel und Tschekisten – Wie Stasi und KGB den Bibelschmuggel in die Sowjetunion bekämpften, in: BFI 43 (2020), bes. 104–106.

82 Leben in Grenzen, 137.

83 BAArch, DO 4/1948.

ihren Familien taten sich schwer, die neue Situation anzunehmen. Das Sprichwort: „Ein freier Bauer ist ein schlechter Knecht!“, bewahrheitete sich. Auch förderten Schicksalsberichte ihrer Glaubensgeschwister aus der Sowjetunion seit den 1920er Jahren ihre skeptische bis ablehnende Haltung gegenüber den sozialistischen und kommunistischen Machthabern. Da es zu dem Zeitpunkt noch keine Gemeindestrukturen in der SBZ und späteren DDR gab, wandten sich die nun als „Neubauern“ oder „Neubürger“ ansässigen Mennoniten an ihre Glaubensgeschwister im Westen. Diese halfen ihnen sowohl mit Hilfsgütern, die vorwiegend aus Westeuropa und Nordamerika stammten, als auch in geistlichen Belangen, bis hin zur weiteren Flucht in den Westen. So war zwar in der Verfassung der DDR das Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit verankert, bereitete aber in der praktischen Umsetzung auf beiden Seiten große Schwierigkeiten. Vor allem die Westkontakte der Mennoniten führten zu Argwohn und massiven Kontrollen durch die Behörden, besonders in der jungen DDR. Der Versuch, eine eigenständige mennonitische Gemeindearbeit in der DDR aufzubauen, blieb in den Anfängen stecken und brach wegen Spitzeltätigkeiten, Einschüchterungen und dem Versuch eines Verbots der Mennoniten in der DDR schließlich 1953 zusammen.

Das seit 1952 in Berlin-West vom MCC gemietete Menno-Heim wurde daher bis zum Mauerbau 1961 das Gemeindezentrum für West und Ost. Noch war es möglich, die Grenze zu überschreiten. Mennonitisches Gemeindeleben fand nun nicht in der DDR, sondern in Berlin (West) statt. Die Wege dahin und auch zurück über die Grenze wurden von den Behörden oft durch Spitzel eingehend kontrolliert. Nach wie vor verließen viele Mennoniten durch illegalen Grenzübertritt (Flucht) die DDR und suchten in Westdeutschland oder in Süd- und Nordamerika ihre neue Heimat.

Es klingt grotesk, jedoch erst durch den Mauerbau („antifaschistischer Schutzwall“) begann ein eigenständiges, mennonitisches Gemeindeleben in der DDR. Der Fuhrunternehmer und Laienprediger Walter Jantzen gründete und leitete die „Mennoniten-Gemeinde in der DDR“ von 1961 bis 1980. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und in engem Kontakt zum Staatssekretär für Kirchenfragen betreute er seine Glaubensgeschwister von der Ostsee bis in den Thüringer Wald. Nie ging er auf Konfrontation mit dem Staat. Er wollte die Existenz der Gemeinde mit anfangs etwa 350, später 244 Gemeindegliedern verstreut in der ganzen DDR, nicht gefährden. Man konnte sie – wie früher typisch mennonitisch – als „die Stillen im Lande“ bezeichnen.

Ihre Religionsausübung wurde geduldet und genehmigt, da sie dem Regime nie gefährlich wurden.

„Es ist auch schon mal durchgesickert, dass da Spitzel im Gottesdienst waren, die wollten rausbekommen, ob wir singen und beten, [...] dann merkten sie, dass wir keine Politik machten und kamen nicht mehr. [...] Wenn man nicht gegen die Regierung arbeitete, dann konnte man in der DDR schon leben, aber das war ja im Westen auch nicht anders“, resümierte lapidar der heute 90jährige Gerhard Wiens, ehemaliges Vorstandsmitglied in der Mennoniten-Gemeinde in der DDR.⁸⁴

Eine etwas andere Entwicklung lässt sich bei den Mennoniten nachweisen, die als Vertreter*innen der Friedenskirche aus dem Westen Kontakte in die DDR suchten. Bereits in den 1950er Jahren fanden Gespräche zwischen den historischen Friedenskirchen in Puidoux und an anderen Orten (u. a. Südfrankreich 1960, mit G. Bassarak) mit anderen Kirchen aus Ost und West statt. Dabei suchte man Wege, wie der Ost-West-Konflikt mit friedlichen und wohlwollenden Menschen abgemildert, im besten Fall versöhnt werden könnte. Theologiestudierenden Tagungen (J.H. Yoder und G. Bassarak) Mitte der 1960er Jahre und Christlich-Marxistische Dialoge (J.R. Friesen und die CFK) in den 1970ern sollten Vertrauen zwischen den Blöcken aufbauen. Die Skepsis bis Feindschaft zum sozialistischen System der 1950er Jahre wich einer gewissen Gesprächsbereitschaft mit und Offenheit zu Kommunisten und Marxisten mit dem Ziel einer Entspannung im Kalten Krieg. Auch nutzten Mennoniten ihre Kontakte zur sozialistischen Regierung der DDR für Hilfswerksarbeit im Vietnamkrieg, denn ihr Friedenszeugnis sollte Feindesliebe miteinschließen.

Es bleiben die ethischen Fragestellungen: Wie weit darf man gehen, um des lieben Friedens willen? Dürfen Kontakte zu Geheimdiensten Teil der Friedensarbeit sein? Oder waren die Mennoniten zu naiv, um sich dieser Verflechtungen bewusst zu sein? „Sollen sie doch ihren Stasi-Offizieren sagen, was wir denken, dann brauchen wir es schon nicht zu tun. Wir haben nichts zu verbergen!“, antwortete ein kanadischer Friedensarbeiter, als ihm im Interview eröffnet wurde, dass sein langjähriger DDR-Freund als IM bei der Stasi arbeitete.

Existierte in der DDR Religionsfreiheit?

In der Verfassung war sie verbrieftes Recht, theoretisch also: „Ja“. In der Praxis war ihre Einhaltung allerdings abhängig von der Willkür des

⁸⁴ Interview mit *Gerhard Wiens*, am 15.1.2019, in: *Leben in Grenzen*, 139.

Sicherheitsapparates. So kann man aufgrund der mennonitischen Erfahrungen eher von einer rigide kontrollierten Religionsfreiheit sprechen: Von den ersten Gottesdiensten Ende der 1940er Jahre bis zum Gottesdienst im April 1990 standen Mennoniten unter der Kontrolle der Staatssicherheit. In diesem Rahmen und in diesen Grenzen nutzten sie nach dem Bau der Mauer ihr Recht auf „freie“ Religionsausübung.

Bibliografie

- Bauer, Thomas*, Die Vereindeutigung der Welt – Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt, Stuttgart 2018.
- Baumann, Imanuel*, „Als der Entwurf zum Verbot der Mennoniten in der DDR bereits aufgesetzt war.“ Bemerkungen zu einem Fund von staatlichen Dokumenten aus den Jahren 1951 und 1952, in: Mennonitische Geschichtsblätter 73 (2016), 61–79.
- Dyck, Peter*, Auswanderung nach Paraguay, in: *Leben in Grenzen*, 22 f.
- Dähn, Horst* (Hg.), Die Rolle der Kirchen in der DDR, Erste Bilanz, München 1993.
- Eisenfeld, Bernd & Peter Schicketanz*, Bausoldaten in der DDR, Die „Zusammenführung feindlich-negativer“ Kräfte in der NVA, Berlin 2011.
- Enns, Fernando*, Friedenskirche in der Ökumene, Mennonitische Wurzeln einer Ethik der Gewaltfreiheit, Göttingen 2003.
- Friesen, John R.*, Blick über die Mauer, in: *junge gemeinde*, Jugendblatt der Mennoniten, hg. von der Jugendkommission der Süddeutschen Mennoniten Karlsruhe, Nr. 11, 1967, 176.
- Luchterhandt, Otto*, Verfassungsgrundlagen kirchlicher Eigenständigkeit, ihre Bedrohung und Verteidigung, in: *Dähn* (Hg.), Die Rolle der Kirchen in der DDR, 21–35.
- Mau, Rudolf*, Der Protestantismus im Osten Deutschlands (1945–1990), Bd. IV/3 (Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen), hg. von Ulrich Gäbler und Johannes Schilling, Leipzig³ 2014.
- Reichardt, Ann-Kathrin*, Schmuggler, Spitzel und Tschekisten – Wie Stasi und KGB den Bibelschmuggel in die Sowjetunion bekämpften, in: *BFI* 43 (2020), 104 ff.
- Scheller, Benjamin & Christian Hoffarth* (Hg.), Ambiguität und die Ordnungen des Sozialen im Mittelalter, Berlin/Boston 2018.
- Thiessen, Bernhard*, Leben in Grenzen, Mennoniten in der DDR 1945–1990 (Schriftenreihe des Mennonitischen Geschichtsvereins 12), Bolanden 2020.